

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

Gegenstand: Forstwirtschaftspläne 2014
Vorlage: 1147/2013

Begründung:

Im aktuellen Forsteinrichtungswerk für den Zeitraum 2003 – 2013 wurde ein geplantes jährliches Defizit von ca. 65.000,- € für die Bewirtschaftung des Speyerer Stadtwaldes ausgewiesen. Das kalkulierte Betriebsergebnis für 2014 bewegt sich unterhalb dieses Rahmens.

Die Fortschreibung der Forsteinrichtung wurde eingeleitet und das Forstamt Pfälzer Rheinauen beauftragt, die Aufstellung neuer Forsteinrichtungswerke für den Stadtwald und den Bürgerhospitalwald Speyer zu veranlassen.

Herr Fehr führt aus, dass die Höhe des Aufwands auch von unvorhersehbaren Arbeitseinsätzen infolge von Sturmschäden etc. oder Gerätedefekten geprägt und daher in gewissem Umfang unwägbar sei.

Herr Fehr erläutert die ab Mitte Oktober einsetzenden Maßnahmen mit dem Harvester in den einzelnen in den Plänen dargestellten Waldabteilungen. Generell wird die Entwicklung von Laubwald gefördert, wobei die heimischen Baumarten, z.B. Eichen, Vorrang haben.

In der Abteilung Lorenzberg Nord finden entlang der Kurzen Gewann seit einiger Zeit widerrechtliche Nutzungen der Waldfläche durch das Abstellen von Fahrzeugen und Maschinen statt. Diesem soll nun durch das Ablegen von geernteten Baumkronen begegnet werden.

Die genannten Maßnahmen sind bereits in den Mitteln für das Haushaltsjahr 2013 enthalten.

Herr Fehr führt aus, dass 1200 fm als Energieholz für die SWS GmbH bestimmt sind. Dies geschieht im Rahmen des Programms „Holz der kurzen Wege“. Die SWS GmbH betreibt 3 Öfen, z.B. das Hackschnitzelheizkraftwerk für das Normand-Gelände.

800 Festmeter (fm) stehen als Brennholz zum Verkauf an Speyerer Bürger bereit, 200 fm stellen Stammholz, d.h. hochwertiges Bauholz dar, das veräußert wird.

Weitere 1000 fm sind Profilspanerholz, das an Holzgroßhändler verkauft wird.

Herr Czerny möchte wissen, welcher Fläche 3235 Festmeter Holz entsprechen.

Herr Kirsch erkundigt sich nach der Größe der Eingriffsfläche:

Herr Fehr informiert, dass die genannten Maßnahmen im Stadtwald auf 80 ha und im Bürgerhospitalwald auf ca. 25 ha Fläche stattfinden.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat nach eingehender Beratung die Forstwirtschaftspläne für den Stadtwald und den Bürgerhospitalwald für das Forstwirtschaftsjahr 2014 zu verabschieden.

Die Forstwirtschaftspläne sind Bestandteil des Haushaltplanes der Stadt Speyer.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Bekämpfung invasiver Pflanzenarten - Ambrosie; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21.06.2013
Vorlage: 1148/2013

Zu Nummer 1 des Stadtratsbeschlusses v. 04.07.2013 hatte Herr Schwendy eine Stellungnahme vorgelegt aus der der Vorsitzende zitiert. Es besteht ein Vorkommen der Ambrosie im Bereich der Zuständigkeit des LBM entlang der B9 in Speyer-West. Eine zusätzliche zweite jährliche Mahd erfolgt im Spätjahr durch den LBM.

Zu Nummer 2 des Stadtratsbeschlusses führt der Vorsitzende aus, dass soweit ein Vorkommen der Pflanzenart auf städtischen Flächen beobachtet wird, z.B. an der Kurpfalz-Kaserne oder entlang der Siemensstr. vereinzelt Maßnahmen nach Personalmöglichkeit stattfinden.

Zu Ziffer 3 führt Herr Scheid aus, dass Meldungen von Vorkommen der Pflanze durch Bürger willkommen sind, allerdings lasse die personelle Ausstattung der Grünflächenabteilung kurzfristige Eingriffe nicht zu. Es sei nicht möglich, jeder Meldung durch Bürger nachzukommen.

Zu Ziffer 4 des Stadtratsbeschlusses erklärt Herr Scheid, dass die Verwaltung die Landesregierung bisher nicht aufgefordert habe, eine landesweite Bekämpfungsstrategie aufzustellen. Das Umweltministerium äußerte indessen, dass die Ambrosie für den Naturschutz und die Landwirtschaft unproblematisch sei.

Die EU-Kommission erarbeitet andererseits einen Gesetzesvorschlag für die Erstellung einer Liste mit den 50 schädlichsten invasiven Arten. Zu dieser Auflistung wird die Ambrosie zählen. Vermutlich wird es in der Folge einen entsprechenden Aktionsplan geben.

Das Bundesamt für Naturschutz hat auf der Seite www.neobiota.de auch die Ambrosie beschrieben und Empfehlungen für den Umgang veröffentlicht. Insbesondere Einfuhrkontrollen bei Vogelfutter sollen die Ausbreitung eindämmen. In Privatgärten sollten die Pflanzen wegen des Allergierisikos mit Handschuhen aus der Erde gerissen werden. Die Problematik soll auf der homepage der Umweltabteilung dargestellt werden.

Herr Zehfuß bittet um Zusendung der oben genannten Informationen.

Er äußert Zweifel, ob die Mahd der Ambrosie zur Bekämpfung ausreicht.

Entsprechend dem Protokoll der Stadtratsbeschlusses (Nr. 4) sollte ein Aufruf an die Landesregierung erfolgen, eine landesweite Strategie zur Bekämpfung der Beifuß-Ambrosie aufzustellen.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

Frau Kruska pflichtet dem bei und empfiehlt die weitere Beobachtung der Ausbreitung der Pflanze in Speyer. Es gebe Hinweise, dass die Mahd alleine nicht ausreiche, um die Pflanze zu bekämpfen. Denn die nächste Pflanzengeneration bleibe kleinwüchsig, ca. 10 cm hoch und sei damit z.B. an der B 9 schlecht zu mähen. Daher seien je nach Standort womöglich andere Methoden, wie das Abflämmen, empfehlenswert.

Herr Wierig schlägt vor, dass es ausreiche, lokale Vorkommen der Pflanze der Stadtverwaltung zu melden. In einer Broschüre des Landes Baden-Württemberg sei der Umgang mit der Pflanze verständlich dargestellt, dort gebe es keine landeseinheitliche Bekämpfungsstrategie. Im Übrigen sei die Pflanze bereits in ganz Mitteleuropa nachgewiesen, wobei die Vorkommen in Rheinland-Pfalz relativ gering sind, sodass eine Handlungsanweisung durch das Land wenig Sinn mache. Daher stimme die SPD den Punkten 1-3 des Stadtratsbeschlusses zu, möchte sich dem Appell an die Landesregierung jedoch nicht anschließen.

Herr Hoffmann verweist auf Informationen der Universität Frankfurt/Main auf der Seite www.ambrosiainfo.de

Herr Czerny möchte wissen, ob die Einbeziehung der LUFA sinnvoll wäre.

Frau Kruska erklärt, dass die LUFA damit befasst sei, eingeführtes Saatgut auf Beimengung von Ambrosiasamen zu untersuchen. Insofern ist die LUFA mit der Vorsorge beschäftigt und weniger mit der Bekämpfung von Vorkommen.

Herr Scheid fasst zusammen, dass entsprechend dem Beschluss des Stadtrates verfahren und die Landesregierung zur Aufstellung einer landesweiten Strategie aufgefordert wird.

Herr Wierig betont, dass die Vorbehalte der SPD-Fraktion gegen Nr. 4 des Stadtratsbeschlusses in das Protokoll aufgenommen werden möchten.

Anlage: Stellungnahme von Abt. 502, Herrn Schwendy v. 24.06.2013

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Der Halsbandsittich in Speyer

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen des Vorsitzenden über die Populationen des Halsbandsittichs im Stadtgebiet zur Kenntnis. Nachteile für einheimische Vogelarten und Beschwerden von Anwohnern wurden bisher nicht festgestellt.

Frau Dr. Kremp ergänzt, dass der Auwald im Vergleich zu Parkanlagen kein bevorzugter Lebensraum für den Halsbandsittich darstellen dürfte, sodass eine Ausbreitung seines Vorkommens dorthin nicht zu befürchten steht.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Saatkrähenpopulation am Finanzamt Speyer
Vorlage: 1153/2013

Nach dem Sachvortrag des Vorsitzenden erkundigt sich Herr Wierig, ob die Obere Naturschutzbehörde bereits über den Antrag des Finanzamtes auf Beseitigung von Saatkrähennestern durch Baumschnittmaßnahmen entschieden habe.

Frau Kruska erklärt, dass die Entscheidung der Oberen Naturschutzbehörde der Stadt nicht bekannt sei. Im Nachgang zur Sitzung hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd mit Bescheid vom 2.10.2013 die beantragte Genehmigung zur Beseitigung von Nestern der Saatkrähe auf den Bäumen im Innenhof des Finanzamtes Speyer abgelehnt.

Herr Scheid ergänzt, dass das betroffene Grundstück Eigentum des LBM sei und über den Antrag allein die Obere Naturschutzbehörde zu entscheiden habe. Die Stadt habe keinen Einfluss auf die Entscheidung.

Herr Czerny vermutet, dass evtl. Müllsammelstellen auf dem Parkplatz oder von Gaststätten in der Umgebung des Finanzamtes ursächlich für die dortige Ansiedlung der Vögel seien.

Nach Meinung von Frau Kruska könne dies nicht ursächlich sein, da die Nahrungssuche der Saatkrähen primär auf den Feldern stattfinde, sodass sich die Vögel tagsüber außerhalb der Stadt aufhalten.

Herr Kirsch betont, dass eine Vergrämung von Saatkrähenkolonien dazu führen wird, dass sich das Problem an eine andere Örtlichkeit verlagert.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Menschen in der Stadt mit den Vögeln umgehen lernen müssten.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Atomrechtliches Verfahren zur Stilllegung und zum Abbau des
Kernkraftwerkblockes KKP 1; Scoping-Termin am 10.06.2013
Vorlage: 1149/2013**

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Rückstandsdeponie der BASF SE auf der Insel Flotzgrün – Errichtung neuer Grundwassermessstellen

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass die Obere Naturschutzbehörde bisher noch nicht über den Antrag der BASF vom Februar 2013 zur Einrichtung der neuen Messstellen entschieden habe. Ursächlich dafür seien die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Oberer Naturschutzbehörde und Forst bezüglich der Zufahrt zu den geplanten Messstellen außerhalb der Speyerer Gemarkung am Schäferweiher.

Zwischenzeitlich habe die BASF ein zweites Gutachterbüro beauftragt. Auch dieses befürwortet, das Monitoringprogramm auszuweiten und die geplanten Messstellen alsbald wie möglich einzurichten. Die Messstellen können lediglich außerhalb der Vegetationsperiode errichtet werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass der Ausschuss sich dafür ausspricht, dass die Stadtverwaltung die Obere Naturschutzbehörde auffordert, über den Antrag der BASF hinsichtlich der drei Messstellen auf Speyerer Gemarkung im Rahmen einer Teilgenehmigung zu entscheiden.

Herr Wierig spricht sich im Namen der SPD für eine solche Vorgehensweise aus.

Herr Kirsch erkundigt sich nach den Messergebnissen der vorhandenen Messstellen aus dem Jahr 2012.

Der Vorsitzende verweist auf die Niederschrift der Ausschusssitzung vom Juni 2013, in der die aktuellen Messwerte vom Oktober 2012 bekanntgegeben wurden.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass die Verwaltung bei der Oberen Naturschutzbehörde beantragt, hinsichtlich der Messstellen der BASF eine Teilentscheidung für die Speyerer Gemarkung zu treffen. Im Nachgang zur Sitzung hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd die wasserrechtliche Genehmigung zur Errichtung weiterer Messstellen mit Bescheid vom 07.10.2013, Az.: 314-89700 RPK Flo 01/13 erteilt. Der Antrag bei der SGD ist somit hinfällig.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.1

Gegenstand: Informationen über den Verkehrsentwicklungsplan

Herr Wierig bittet darum, denjenigen Ausschussmitgliedern, die nicht gleichzeitig Stadträte sind, jeweils einen Entwurf des VEP zur Verfügung zu stellen. Dies ist zwischenzeitlich geschehen.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.2

Gegenstand: Verbesserung der Entwässerungsgräben im Pleiad-Gelände

Herr Wierig bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die vorhandenen flachen und daher oft trockenen Gräben in Höhe des DHL-Geländes aufgeweitet oder vertieft werden können, um die Amphibienpopulation zu stärken.

Frau Kruska sagt die Prüfung dieses Vorschlages zu. Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

Gegenstand: St.-Guido-Stifts-Platz: Platanen, Radverkehr

- Platanen: Herr Czerny bittet um Prüfung, ob die Bäume korrekt in den Pflanztrögen sitzen. Nach seiner Einschätzung sitzen die Platanen zu tief, während der Baum in der Nähe des Imbiss zu hoch gepflanzt sein dürfte. Der Vorsitzende sagt die Überprüfung durch die Abt. Stadtgrün zu. Herr Schwendy gibt zu der Anfrage folgende Informationen:
Bei den Platanen am St. Guido-Stifts-Platz handelt es sich bis auf eine Ausnahme (Neupflanzung) um die vormals dort vorhandenen, die in sehr kleine Holzgitterringe ca. 70 cm über Platzniveau eingepflanzt wurden. Auf diese Höhe musste bei der Neugestaltung Rücksicht genommen werden. Die neue Umrandung ist etwas höher als die „alten“ Pflanzringe, damit für die Staudenbepflanzung eine ca. 10 cm hohe Überfüllung mit sauberem Baumsustrat sowie die Mulchschicht eingebracht werden konnte. Diese geringfügige lockere Überfüllung vertragen die Bäume ohne weiteres. Insgesamt wurde den Bäumen mit der größeren Einfassung auch wieder mehr Wurzelvolumen bereitgestellt, so dass sich die Lebensbedingungen für die Bäume gegenüber dem ursprünglichen Zustand deutlich verbessert haben. Auch die Platane am Imbiss ist nicht „zu hoch gepflanzt“, sondern ebenfalls auf dem alten Niveau, das nicht zu ändern war, wenn man den Baum erhalten wollte – was ja die Absicht war. Da hier jedoch keine Betoneinfassung, wie bei den anderen Platanen vorgesehen war, wurde demzufolge nach der Entfernung des Pflanzrings hier ebenfalls Baumsustrat seitlich angebösch und bepflanzt. Da der unmittelbare „Wurzelballen“ von jeher „oberirdisch“ war, ergibt sich für den Baum keine wesentliche Änderung.
- Radverkehr: Herr Czerny berichtet, dass die Radfahrer nicht wie vorgesehen auf der Fahrbahn fahren, sondern den Gehweg nutzen. Außerdem werde die Radfurt vor der Ampel bisher wenig genutzt. Herr Jung (Seniorenbeirat) schlägt vor, für Radfahrer die Strecke zwischen Fahrbahn und Radweg über die Kreuzung hinweg als farbige Spur auf der Fahrbahn zu markieren. Dieses habe sich an der Kreuzung beim Berliner Platz bewährt. Der Vorsitzende sagt zu, diese Anregungen mit der Straßenverkehrsabteilung zu besprechen. Es sei bereits vorgesehen, die Kreuzung Wormser Straße / Hirschgraben / Petschengasse zu ertüchtigen.

23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am
25.09.2013



23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 25.09.2013 **Frank Scheid**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!